

Protokoll des Einwohnerrats

Amtsperiode 2014/17

13. Sitzung

vom Donnerstag, 17. März 2016, 19.30 Uhr,
in der Aula des Schulhauses Bleicherain

Vorsitz:

Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin

Protokoll:

Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber

Anwesend:

35, resp. 36 Mitglieder des Einwohnerrats
5 Mitglieder des Stadtrats

Entschuldigt abwesend:

Andreas Schmid
Nora Schaub
Prof. Martin Killias
Tobias Ammann, GPFK-Präsident
Martin Geissmann (verspätet)

T r a k t a n d e n :

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen von Adriano Beti (FDP) sowie Daniel Zeller (SVP) anstelle der zurückgetretenen Lea Grossmann und Brigitte Kieser
3. Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros der Einwohnergemeinde für den Rest der Amtsperiode 2014/17 anstelle der zurückgetretenen Regula Kyburz (EVP)
4. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts:
5. Ersatzbau Salzsilo, Werkhof; Verpflichtungskredit
6. Schulanlage Lenzhard; Sanierung Gebäudeautomation (Ersatz Heizungssteuerung; ohne Anteil Neubau und HPS); Verpflichtungskredit
7. Postulat der CVP- und EVP-Fraktion "Entwicklung Lenzburg West"; Antrag auf Nichtüberweisung
8. Postulat der CVP-Fraktion "öV-Verkehrsknotenpunkt Lenzburg"; Bericht des Stadtrats
9. Sanierung Bannhaldenweg (3. Etappe); Kreditabrechnung
10. Richtplanung Bahnhof Lenzburg; Kreditabrechnung
11. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion zum Bericht "Erhöhung Verkehrssicherheit der SchülerInnen im Fuss- und Veloverkehr – was passiert damit?"
12. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 13. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro und unseren Ratsweibel, Martin Härdi. Ebenfalls begrüsse ich die Auskunftspersonen Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, und Helen Bisang, Leiterin des Stadtbauamts, sowie die Damen und Herren der Presse, Ruth Steiner und Fritz Thut von der Aargauer Zeitung und Alfred Gassmann vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Einen weiteren herzlichen Gruss geht an unsere Gäste auf der Tribüne.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist hiermit eröffnet.

Antrittsrede der Einwohnerratspräsidentin, Marianne Tribaldos

Diese Sitzung ist meine erste als Einwohnerratspräsidentin. Das ist etwas Besonderes – nicht so sehr für den Rat, der im Laufe seines Bestehens schon viele Präsidenten hat kommen und gehen sehen – sicher aber für mich, weil das eine neue Station in meinem Leben darstellt. Eine Aufgabe, die nicht auf die leichte Schulter gehört. Der Inhaber/die Inhaberin dieses Amtes steht im Licht der Öffentlichkeit, und was er oder sie im Rat hier richtig oder falsch macht, kann nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Zwar gehen wir hier im Rat freundlich miteinander um - das konnte ich 14 Jahre lang beobachten - aber das heisst nicht, dass nicht doch hohe Erwartungen an einen reibungslosen und sachgerechten Ablauf gestellt werden.

Die Verantwortung geht noch weiter: Wir als Rat stehen auch in einem historischen Zusammenhang. Wir haben eine Aufgabe in der Entwicklung der Geschichte der Demokratie und damit auch der Geschichte insgesamt. Ist das zu hoch gegriffen? Ich glaube nicht. Ich habe schon oft im Ausland das Schweizer System der direkten Demokratie erklären müssen, sie hat Vorbildcharakter. Dieses einzigartige Milizsystem nimmt Bürgerinnen und Bürger stärker in die Pflicht, als es andere Demokratien tun. Indem wir diese Pflicht erfüllen, stellen wir uns in einen Zusammenhang mit dem, was in der Welt passiert. Mein eigenes Umfeld reicht durch Herkunft bis nach Deutschland und durch Heirat bis nach Panama. Das eigene Lebensalter gibt mir über 50 bewusste politische Jahre. Durch Erzählungen von Eltern und Grosseltern habe ich Anschauungsmaterial bis ins 19. Jahrhundert. Wohin Studium und Reisen einen führen, will

ich jetzt gar nicht ausmalen. Es geht uns ja allen so, dass Wurzeln, Beziehungen und Kenntnisse sehr weit reichen. Ein Anlass, wie der heutige, ist Grund genug, mir diese Zusammenhänge bewusst zu machen.

Aber kommen wir zurück nach Lenzburg: Jede Einwohnerratssitzung ist auch ein kleiner, neuer Absatz in der Geschichte von Lenzburg. Wir haben die Lenzburger Neujahrsblätter, die das dokumentieren. Die Arbeit jedes einzelnen Ratsmitglieds trägt einen eigenen kleinen Anteil dazu bei. Es ist uns, also dem Lenzburger Einwohnerrat, schon mal der Vorwurf gemacht worden - vielleicht war es ja auch ein Kompliment -, dass wir so friedlich miteinander umgehen. Für mich war das immer ein Ausdruck höchster politischer Gesittung. Das geht nur, wenn Einigkeit darüber herrscht, dass nur das Zusammenwirken der Kräfte, Frieden und Weiterentwicklung ermöglichen und nicht der Kampf gegeneinander. Ich bin jetzt seit 14 Jahren in diesem Rat, und ich gebe zu, dass das für mich am Anfang gewöhnungsbedürftig war, denn ich stamme aus einem politischen Umfeld, in dem eine Streitkultur herrscht. Allein die Tatsache ist bemerkenswert, dass sich immer wieder Menschen finden, die bereit sind, Gewaltenteilung zu leben, also die Zeit dafür herzugeben, hier im Rat ein Auge auf die Gelder zu halten, die der Stadtrat ausgibt, sich mit der jeweiligen Thematik zu befassen und in der Öffentlichkeit dafür gerade zu stehen. In klingender Münze zahlt sich das nicht aus. Auch nicht in Form von sonstigen Vorteilen. Deswegen lässt mich keiner in der Migros an der Kasse vor.

Die Wahl in dieses Amt verschafft mir durchaus ambivalente Gefühle. Zweifel, Ängste, Unsicherheit bezüglich der eigenen Fähigkeiten, aber natürlich auch Stolz, Freude und Dankbarkeit. Und natürlich ist das Gefühl, eine Pflicht zu erfüllen, ein sehr angenehmes. Der Respekt vor dem Amt macht es nötig, sich über die Traditionen, in die man sich einfügt, Gedanken zu machen. In Lenzburg bin ich mit meinen fast 68 Jahren nicht die älteste Frau, die dieses Amt ausgeübt hat. (Das war Frieda Wolleb, sie wurde hier schon einmal gewürdigt.) Der Lenzburger Einwohnerrat existiert ungefähr so lange wie das Frauenstimmrecht in der Schweiz. Ich habe immer gedacht, die Emanzipation der Frau sei erreicht, wenn man bei Vergabe eines Amts nicht mehr auf das Geschlecht schaut. Das Präsidium hier im Rat wird voraussichtlich in zwei Jahren das dritte Mal nacheinander an eine Frau gehen.

All diese Gedanken haben mich noch ein bisschen weiter in die Vergangenheit geführt. Und weil wir den Monat März haben, habe ich mir angesehen, was dieser Monat März in anderen Jahrhunderten gebracht hat. Ich erwähne nur kurz vier Ereignisse, die allerdings einen Bezug zu unserer modernen Demokratie haben - dem Internet sei Dank genügen dafür kurze Recherchen:

1. Im Jahre 44 v. Chr. wurde Julius Cäsar im Senat von Rom ermordet. Das war das Ende der römischen Republik, und es dauerte ungefähr 1'800 Jahre, bis so etwas wieder versucht wurde. Ich will mich jetzt hier nicht auf Diskussionen über die römische Republik einlassen, auch nicht über die Frauenemanzipation und auch nicht über das, was jetzt noch kommt – ich habe nämlich noch was.

2. Im März 1794 erreichte der Terror der französischen Revolution einen Höhenpunkt, und zur Bewältigung der Aufgaben wurde die Guillotine eingeführt. Alles im März. Heute haben wir die Todesstrafe abgeschafft, aber der Beginn der modernen Demokratie ging nicht mit derselben Auffassung von den Menschenrechten einher, wie wir sie heute haben. Der Anfang war schwer.
3. In der Schweiz brach 1798 das Ancien Regime unter dem Ansturm der französischen Truppen zusammen. Dieser Anstoss von aussen war nötig, damit sich etwas entwickelte.
4. Und jetzt kommen wir zu 1848. Da gab es in Europa die März-Revolution. Diese brachte den europäischen Nachbarn revolutionäre Kämpfe für mehr Demokratie und damit eine Erschütterung der Herrschaftsverhältnisse. Und dies erlaubte der Schweiz, im Verlaufe des Jahrs 1848 die moderne Eidgenossenschaft zu gründen. Durch die Unruhen konnten die Nachbarländer nicht hindernd eingreifen, was sie sonst gerne getan hätten – Versuche gab es.

Der diesjährige März scheint friedlich - zumindest in Lenzburg. Unsere heutigen Traktanden werden wohl keine weltpolitische Bedeutung haben, sondern sind nur eine weitere kleine Anstrengung, die wir zum Erhalt unserer Demokratie beitragen.

Ich werde es mir in den zwei Jahren Präsidialzeit erlauben, mich immer wieder auf Ereignisse zu beziehen, die ausserhalb von unserem Lenzburg stattfinden, gesellschaftlich, politisch oder historisch. Es ist ja üblich und erlaubt, dass der Präsident/die Präsidentin eigene Gedanken beisteuert.

Und nun noch etwas Persönliches: Vorurteile gegenüber der Schweiz besagen: "Ausländer haben es schwer. Wer kein Schweizerdeutsch spricht, ist unbeliebt. Frauen haben es schwer. Alte werden aus der Politik ausgefiltert." Und jetzt haben Sie mich in dieses Amt gewählt. (Heiterkeit) Eingebürgert, ehemals Deutsche, nicht genug Schweizerdeutsch, um es selbst zu sprechen, Frau und in wenigen Tagen 68 Jahre alt und dann auch noch eine strickende Grossmutter. In Lenzburg haben wir wahrhaftig keine Vorurteile.

So, und nun bin ich am Ende bzw. am Anfang dieser Sitzung, und jetzt geht es mit der Arbeit los.

1. Mitteilungen

1. Protokolle

Die Protokolle der Sitzung vom 5. November 2015 und 4. Dezember 2015 konnten leider noch nicht fertiggestellt werden.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 4. Dezember 2015, die dem fakultativen Referendum unterstanden, sind am 11. Januar 2016 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Bis jetzt keine vorliegend.

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt:

Andreas Schmid

Nora Schaub

Prof. Martin Killias

Tobias Ammann, GPFK-Präsident

Martin Geissmann wird etwas später zu uns stossen

5. Gedenkminute für den ehemaligen Stadtrat Heiner Ammann

Tobis Ammann musste sich für die heutige Sitzung entschuldigen, weil sein Vater, Heiner Ammann, ehemaliger Stadtrat, heute beigesetzt wurde. Ich bitte Sie, sich für eine Schweigeminute zu erheben und des Verstorbenen zu gedenken.

2. Inpflichtnahmen von Adriano Beti (FDP) sowie Daniel Zeller (SVP) anstelle der zurückgetretenen Lea Grossmann und Brigitte Kieser

Für die Inpflichtnahme bitte ich die neuen Mitglieder vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leisten hierauf Adriano Beti und Daniel Zeller ihr Gelübde. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlich willkommen im Einwohnerrat. Ich wünsche Ihnen Freude an der Arbeit und auch, dass Ihre Zeit im Rat zu einem Baustein werden möge, in Ihrem eigenen Leben und in der Geschichte des Rats.

3. Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros der Einwohnergemeinde für den Rest der Amtsperiode 2014/17 anstelle der zurückgetretenen Regula Kyburz (EVP)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Die Fraktion der EVP schlägt Frau Ladina Spörri, geboren am 2. Oktober 1993, Studentin an der PH Bern, wohnhaft an der Hallwilstrasse 21, zur Wahl vor. Ist sie hier? Bitte stehen Sie kurz auf. Danke. Wünscht jemand die Diskussion? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wahlergebnis

Als Mitglied des Wahlbüros der Einwohnergemeinde für den Rest der Amtsperiode 2014/17 wird bei 35 eingelegten und 35 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 18 mit 35 Stimmen gewählt:

- Ladina Spörri, Studentin, EVP, mit 35 Stimmen

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlichen Glückwunsch und viel Freude bei der Arbeit im Wahlbüro. (Applaus)

4. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über 5 Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen, die sich einbürgern lassen wollen, kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe.

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Marcel Spörri (EVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, es freut mich, Sie als Erster begrüßen zu dürfen.

Was muss erfüllt sein, damit jemand einbürgert wird? Welche Anforderungen stellen Sie persönlich an die Einbürgerungswilligen? Sind Sie grundsätzlich gegen jegliche Einbürgerung oder soll man einfach alle durchwinken? Zur Sitzung vom 17. November 2015 hatte die Einbürgerungskommission nicht nur diejenigen, die heute auf der Tribüne anwesend sind, zum Gespräch eingeladen, sondern weitere Gesuchsteller. Aus dieser Bemerkung können Sie schliessen, dass wir nicht einfach alle durchgewinkt haben. Es wurden nicht alle positiv bewertet.

Heute haben wir 6 Mitmenschen aus 4 verschiedenen Herkunftsländern, die um die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg ersuchen. Sie sind zwischen 3 und 42 Jahre alt. Gemeinsam ist bei allen, dass sie in der Schweiz geboren und hier aufgewachsen sind. Bis auf den Dreijährigen, der noch nicht zur Schule geht, haben auch alle die Schulen in der Schweiz absolviert oder sind noch mittendrin.

Ist jemand integriert genug, wenn er in der Schweiz geboren ist? Wenn er hier aufgewachsen ist und hier die Schule besucht hat? Kann man die, die hier geboren sind, einfach durchwinken? So einfach machen wir es uns nicht. Auch hier schauen wir genau hin, ob die Motivation da ist. Wieso wollen diese Kandidaten und Kandidatinnen Schweizer oder Schweizerin werden? Ist es ihnen wichtig, den Schweizerpass zu erhalten? Auch das ein Kriterium, das man im Gespräch herauszufinden versucht.

Wenn wir die Akten vor den Sitzungen anschauen und uns ein Bild machen, dann ist das nicht immer deckungsgleich mit dem Bild, das wir nach dem Gespräch haben. Es kann sein, dass wir nach der Akteneinsicht das Gefühl haben,

es könnte kritisch werden, und nach dem Gespräch sind wir begeistert. Es kann aber auch umgekehrt sein und wir denken: "Ja, das ist eine klare Sache." Was dann aber leider nicht ganz so ist. Deshalb ist für mich das Gespräch vor der Einbürgerungskommission nicht aus diesem Prozess wegzudenken. Die Leute, die heute auf der Tribüne sitzen, haben alle Anforderungen erfüllt, die vom Gesetz vorgegeben sind. Sie konnten die Kommissionsmitglieder überzeugen, dass sie wirklich wollen und haben einen hervorragenden Eindruck hinterlassen. Somit kann ich mit ruhigem Gewissen dem Einwohnerrat empfehlen, die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts zu gewähren.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Marcel Spörri. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche geheim abzustimmen.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 20. Januar 2016 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. (Applaus) Ich habe selber viele Jahre in der Einbürgerungskommission gearbeitet und weiss daher, dass der Schritt, den Sie jetzt hinter sich haben, kein leichter ist. Übrigens auch aus eigener Erfahrung mit meiner Einbürgerung. Aber Sie sind diesen Schritt gegangen. Es freut mich immer ganz besonders, wenn sich so junge Menschen einbürgern lassen. Das erleichtert die weitere Integration, die ja ein Prozess ist. Unsere direkte Demokratie bietet Ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen, und ich würde mich freuen, wenn Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden. Herzlichen Glückwunsch.

5. Ersatzbau Salzsilo, Werkhof; Verpflichtungskredit

GPFK-Sprecher ist Rudolf Baumann (SVP): Zuerst noch kurz eine Korrektur zur Vorlage: In der Vorlage steht, der durchschnittliche Jahresverbrauch betrage 220 Tonnen Salz. Das stimmt nicht. Wer den Rechenschaftsbericht gelesen hat, konnte feststellen, dass diese Zahl niedriger ist. Es sind ungefähr 120 m³ Salz, die wir brauchen. Umgerechnet kann man sagen, dass 1 m³ Salz 1,1 Tonnen entspricht.

Ein 36-jähriges Silo muss ersetzt werden. Es hat einige Mängel an den Stützen und musste schon mehrmals repariert werden. Löcher führen dazu, dass Wasser eindringen und das Salz beschädigen kann.

Das neue Silo hat die doppelte Kapazität des zu ersetzende. Es erlaubt, ungefähr einen Jahresbedarf an Salz zu lagern. Zudem wird dieses Silo mit einem Anschluss für Sole ausgestattet. Wenn man in Zukunft Sole lagern möchte, müsste man aber noch eine entsprechende Anlage kaufen. Man baut diesen Anschluss aber heute schon ein, damit man nicht, wenn man das später nachrüsten möchte, das ganze Silo leeren und das Salz zwischenlagern müsste.

Die Kapazitätserweiterung erlaubt es, vermehrt Salz im Sommer einzukaufen, wenn der Preis pro Tonne rund Fr. 50.– günstiger ist. Dies darf aber nicht dazu führen, dass der Vorrat im Verlaufe des Winters aufgebraucht wird und dann im Frühling - sollte man nochmals Salz benötigen - kein Material mehr vorhanden ist.

Im Vergleich zum alten hat das neue Silo Metallstützen. Die heute verwendeten Holzstützen sind immer voller Moos und feucht. Diese trocknen selten aus und mussten schon mehrmals repariert und ersetzt werden.

Die GPFK und die SVP-Fraktion stimmen dieser Vorlage einstimmig zu.

In eigener Sache möchte ich den Bauamtsmitarbeitern, die am Abend und in der Nacht jeweils salzen müssen, damit die Strassen am Morgen wieder freigeräumt sind, danken. Ich bin ab und zu auch im Winterdienst tätig und weiss, dass wir für die einen Bürger früher, für die andern später und für Dritte gar nicht kommen müssten. Danke.

Daniel Frey (EVP): Dieses Silo ist eine gute Sache und dient der Sicherheit von uns Bürgern. Kürzlich haben wir ja auch über eine Lichtsignalanlage beraten, die ebenfalls der Sicherheit dient. Wir brauchen das Streusalz im Winter, damit wir auf dem Weg zum Bahnhof nicht ausrutschen und auch mit unseren Autos noch sicher bremsen können.

In diesem Gebiet entwickeln wir ein wenig eine "Silo-City", haben wir uns doch an der letzten Sitzung bereits mit dem ehemaligen UFA-Silo auseinandergesetzt. Wenn wir noch für einen Spielplatz schauen, sollte das eine gute Sache werden.

Ich hätte noch einen kleinen Wunsch: Wie ich gesehen habe, hat unser Forst ziemlich viele Bäume geerntet. Es wäre doch schön, wenn wir Lenzburger Lärchenholz für unser Silo verwenden könnten, so dass es eine einheimische Lenzburger Identität bekommt. Ich weiss, dass das etwas schwierig sein wird, aber ich möchte es beliebt machen. Prüfen Sie das, und dann können wir stolz auf diese "Silo-City" sein.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Frey. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Bitte meldet euch deutlich. Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 23. Dezember 2015 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt dem Ersatzbau des Salzsilos Werkhof zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 180'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 25. April 2016 ab.

6. Schulanlage Lenzhard; Sanierung Gebäudeautomation (Ersatz Heizungssteuerung; ohne Anteil Neubau und HPS); Verpflichtungskredit

GPFK-Sprecherin ist Brigitte Vogel (SVP): Trotz mildem Winter kann auf eine Heizung nicht verzichtet werden. Dazu gehört natürlich auch eine zeitgemässe Steuerung mit Optimierungspotential beim Energieverbrauch.

Bei dieser Vorlage geht es um einen Verpflichtungskredit für die Schulanlage Lenzhard für die Sanierung der Gebäudeautomation, sprich: Wir reden über die Heizungssteuerung, die jetzt angepasst werden sollte.

23 % der Kosten gehen zu Lasten des Baukredits Lenzhard sowie 12 % zu Lasten der laufenden Rechnung der HPS. Dieser Antrag war in der GPFK unbestritten.

Gemäss Aussage des Stadtrats dachte man bei der Ausarbeitung des Sanierungsprojekts für die Schulanlage Lenzhard nicht an die nun zur Diskussion stehenden Anpassungen. Das Stadtbauamt, das die Bauleitung hat, arbeitet bei diesem Projekt eng mit den mit der Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Lenzhard involvierten Planern zusammen.

Die GPFK ist natürlich auch gespannt, wie hoch die effektiven Energieeinsparungen ausfallen werden, nachdem diese Steuerung optimiert wurde.

Die GPFK empfiehlt einstimmig, der Einwohnerrat möge der Sanierung Gebäudeautomation Schulanlage Lenzhard, ohne Anteil Neubau und HPS, zustimmen, und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 180'000.– (inkl. MwSt.), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen. Die vollzählige SVP/BDP-Fraktion schliesst sich dem an. Für dieses Vorhaben ist ein Finanzbedarf von Fr. 150'000.– in der Aufgaben- und Finanzplanung 2016-2020 ausgewiesen.

Heiner Cueni (FDP): Auch in der FDP-Fraktion ist diese Vorlage unumstritten.

Ich möchte aber zu diesem Geschäft drei Stichworte in die Runde werfen:

1. Eine kleine Rüge; meine Vorrednerin hat es schon angesprochen: Es wurde in der Planung vergessen, dass man die alte Gebäudeautomation anpassen sollte. Seit 1998 wird eine Siemens UNIGYR- Computersteuerung verwendet.
2. Ich möchte ein Lob aussprechen: Denen, die es doch noch gemerkt haben, dass man das als separates Paket bringen und nicht einfach irgendwo in die Baurechnung integrieren sollte.
3. Ein Wunsch an die Baukommission plus Begleitkommission: Vielleicht können bei der Sanierung und Erweiterung der Schulanlage günstigere Komponenten gewählt werden, so dass diese Fr. 180'000.– teilweise kompensiert werden können.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Heiner Cueni. Wird das Wort weiterhin gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. Februar 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung der Gebäudeautomation Schulanlage Lenzhard (ohne Neubau) zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 180'000.–, inkl. MwSt., zuzüglich teuerungsbewingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 25. April 2016 ab.

7. Postulat der CVP- und EVP-Fraktion "Entwicklung Lenzburg West"; Antrag auf Nichtüberweisung

GPFK-Sprecher ist Marcel Spörri (EVP): "Im Lenzburger Bezirks-Anzeiger vom 14. Mai 2015 wurde unter den Baugesuchen die Umnutzung der bestehenden Wohnung in ein Erotik-Studio publiziert. Der Bauherr ist eine Privatperson aus Nussbaumen, die sich hinter einer Firma mit Sitz in Hergiswil versteckt." Mit diesen Worten habe ich vor rund 10 Monaten die Befürchtungen von vielen Mitbürgern aus dem Westquartier formuliert. Nachdem einige Monate später auch noch das Baugesuch für eine Disco an der Industriestrasse gestellt wurde, sind die Befürchtungen der Anwohner gestiegen, was in dieser Umgebung noch alles geschehen könnte. An der Einwohnersitzung vom 24. September 2015 haben darum die Fraktionen der EVP und CVP dieses Postulat eingereicht und zusätzlich verschiedene Fragen an den Stadtrat gestellt, die dann am 4. Dezember 2015 beantwortet wurden.

Der Stadtrat beantragt jetzt, dass dieses Postulat nicht überwiesen wird. Ich kann seinen Begründungen folgen. Sie sind an sich plausibel. Es ist mir klar, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit laufenden Baugesuchen vorsichtig mit Äusserungen sein muss. Was mir aber wichtig ist, ist, dass die Befürchtungen der Anwohner aufgenommen werden. Innert kurzer Zeit sind nämlich 350 Unterschriften von besorgten Bürgern und Bürgerinnen zusammengekommen.

Ohne hier eine grundsätzliche Diskussion über Bordelle und die damit verbundene Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen zu lancieren, gibt es trotzdem ein paar konkrete Punkte zum Ort zu sagen. Ein Einwohnerratskollege hat mich nämlich zum Bordell gefragt: "Wo, wenn nicht dort?" Meine Antwort war: "Überall, nur nicht dort." Wieso? Das kann ich ganz kurz begründen: Wer sich

die Situation an der Industriestrasse genauer anschaut, der stellt fest, dass es kaum eine bessere Örtlichkeit gibt, um eine Untergrundszene, wie sie sich niemand in Lenzburg wünscht, anzusiedeln: Hinterhöfe, Wald, eine breite Strasse, in der Nacht unbewohnte Liegenschaften, die Nähe zum Bahnhof - die besten Voraussetzungen, dass sich eine Drogenszene oder wilde Prostitution einnisten könnten. Die Regionalpolizei könnte vor Ort gleich einen Aussenposten einrichten, da sie sowieso vermehrt Kontrollen durchführen müsste.

Die Gegend westlich des Bahnhofs wird in den nächsten 10 Jahren ein wichtiges Entwicklungsgebiet in Lenzburg sein. Da passt so eine "Halbwelt-szene" schlecht dazu. Die Attraktivität eines Entwicklungsgebiets mit einem Bordell steigern zu wollen, ist definitiv der falsche Weg. Dass dieses Postulat nicht überwiesen werden soll, das ist für die EVP-Fraktion in Ordnung. Wir hoffen aber trotzdem, dass die Befürchtungen der Anwohner sehr ernst genommen und nicht zusammen mit der Nicht-Überweisung in den Papierkorb entsorgt werden. Wir bleiben dran.

Sabine Sutter (CVP): Die Anfrage und das Postulat zielen auf zwei Anliegen: Prüfen, wie im Westquartier keine Szene und kein Rotlichtviertel entstehen und prüfen, wie das Quartier als Wohn- und Arbeitsgebiet attraktiv bleibt.

Wir haben vom Stadtrat eine ausführliche Antwort erhalten und bedanken uns für die Beantwortung der Anfrage, den Bericht zum Postulat und das ehrliche Bemühen, dem Anliegen gebührend Rechnung zu tragen. Die Ausführungen des Stadtrats sind nachvollziehbar.

Zum Punkt Wohn- und Arbeitsgebiet finden wir es einen sinnvollen Ansatzpunkt, die Quartieraufwertung in die RES aufzunehmen und erwarten, dass das Anliegen des Postulats dort auch angegangen wird. Ausserdem verweisen wir auf die Antwort der CVP zur Anfrage. In der RES ist es sinnvoll, den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof Richtung Westen auszudehnen.

Zum zweiten Punkt: Leider fehlen konkrete Massnahmen und Ansätze zu raschen Lösungen, damit keine Szene und kein Rotlichtviertel entstehen. Der Stadtrat verweist einerseits auf hängige Baugesuche; wir verstehen, dass in diesem Stadium keine konkreten Aussagen gemacht werden können. Andererseits sagt der Stadtrat, es seien zusätzliche Anstrengungen nötig und er ist bereit, diese einzuleiten. Dieses Versprechen verstehen wir so: Es gilt ab sofort und für ganz Lenzburg. Darum sind wir mit der Nicht-Überweisung des Postulats einverstanden, weil sich so unsere Erwartung erfüllt. Es wird kein "Klein-St. Pauli" entstehen, weder im westlichen Teil, noch sonst in einem Quartier in Lenzburg.

Linda Kleiner (SP): Wir finden die Befürchtung und Angst, dass das Westquartier verwahrlosen könnte und die Sicherheit eingeschränkt wird, etwas über-

trieben. Ebenso können wir uns nicht gegen die beiden eingereichten Baugesuche stellen. Discos, Erotikstudios und allgemeine Angebote aus der Unterhaltungsbranche sind ein Teil unserer Gesellschaft und decken halt auch gewisse Bedürfnisse ab.

Uns ist es lieber, dass der Betrieb solcher Institutionen und Angebote legal, geordnet und kontrolliert verläuft. Andernfalls geschieht dies nämlich im Untergrund und bewegt sich in einem illegalen Bereich und unter Umständen unter miserablen Zuständen. Das darf nicht unser Ziel sein und genau das müssen wir auch verhindern. Bei einem legal betriebenen Studio sehen wir keine Gefahr, dass sich in Lenzburg ein Strassenstrich entwickeln könnte. Das geschieht eher, wenn die entsprechenden Angebote fehlen.

Der geplante Ort ist nicht schlecht gewählt. Ganz direkte Anwohner hat es nicht so viele und leben lässt es sich heute auch gut im Westquartier. Die Ausstellung des Stapferhauses zieht Leute aus der ganzen Schweiz an, und die Turnhalle im Lenzhard beherbergt diverse Sportvereine. Natürlich sind aber auch wir der Meinung, dass man die Entwicklung im Auge behalten muss. Das wird aber mit der RES sicher gemacht. Alle Parteien sind in der Begleitkommission vertreten und können so auf kritische Punkte hinweisen. Für die künftige Nutzung des Zeughausareals müssen klare Ziele gesetzt werden, so dass alle Anforderungen für ein lebenswertes Quartier erfüllt und abgedeckt werden.

Im Sommer wird das Oberstufenzentrum Lenzhard in Betrieb genommen und mit dem Umbau des Schulhauses Bleicherain gestartet. In der bestehenden Aula der Bezirksschule, also hier, wo wir jetzt gerade sind, werden heute Veranstaltungen durchgeführt und Vereine proben hier für ihre Auftritte. Während des Umbaus werden all diese heimatlos sein. Der neue Mehrzweckraum im Lenzhard könnte die Heimatlosen aufnehmen, und auch wir Einwohnerräte könnten neu in diesem Raum tagen und uns vergewissern, dass es im Westen Neues wie auch Gutes gibt.

Die SP-Fraktion folgt dem Stadtrat und wird das vorliegende Postulat nicht überweisen.

Michael Häusermann (SVP): Um es gleich vorweg zu nehmen: Die SVP/BDP-Fraktion sieht bei diesem Traktandum die Sachlage in etwa ähnlich wie der Stadtrat. Deshalb werden wir den stadträtlichen Antrag auch unterstützen.

Warum? Ein Baugesuch für ein Erotikstudio bedeutet noch lange nicht, dass gleich ein ganzes Rotlichtviertel entstehen muss. Lenzburg hat zwar meines Wissens diesbezüglich keine Rotlichttradition, aber es gab in unserem schönen Städtchen schon seit Jahrzehnten immer wieder mal irgendwo ein solches Etablissement. Diese verschwinden dann aber zwischendurch auch wieder und schliessen. Vermutlich spielt hier der freie Markt von Angebot und Nachfrage bestens. Die Einrichtungen für gewisse Bedürfnisse führten eigentlich bei uns in der Vergangenheit nie zu Problemen. Schafisheim ist ein schönes Beispiel

dafür, dass ein Miteinander von Bevölkerung und solchen Einrichtungen eigentlich bestens funktioniert. Wir finden, dass die Befürchtungen der Postulanten übertrieben sind. Hier hätten wir eine Übereinstimmung mit der SP-Fraktion.

Was die Parallelgesellschaften anbelangt, die in diesem Postulat auch erwähnt werden, so ist das durchaus ein Thema, das hier einen gewissen Sprengstoff beinhalten kann. Beispiele aus dem Ausland zeigen das. Leider. Hier gibt es also schon etwas mehr Zustimmung für das Anliegen der CVP und EVP. Die Problematik beim Thema Parallelgesellschaft ist aber die, dass eben hier viele Faktoren, die auf eine mögliche Parallelgesellschaft einwirken, tätig sind. Dies hat eben mit dem freien Markt und der freien Gesellschaft zu tun. Darauf hat der Stadtrat praktisch keinen Einfluss. Wenn Sie beispielsweise ein Mehrfamilienhaus nur an mongolische Staatsbürger vermieten, so wird es unweigerlich in diesem Haus eine gewisse Parallelgesellschaft mit einer mongolischen Kultur geben. Oder betreiben Sie ein Restaurant, das afrikanische Spezialitäten anbietet, so werden über kurz oder lang afrikanische Mitmenschen angezogen, und es entsteht auch hier eine gewisse Art von einer anderen, als der uns bekannten Gesellschaft. Hat der Stadtrat die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Bewohner oder das kulinarische Angebot eines Restaurationsbetriebs zu beeinflussen? Wir meinen nein. Der Stadtrat kann eine Parallelgesellschaft eigentlich gar nicht verhindern, und somit wäre die Überweisung dieses Postulats für den Rat sozusagen ein Ding der Unmöglichkeit. Was der Stadtrat machen kann, ist das, dass er im Rahmen der Gesetzgebungen beispielsweise die Öffnungszeiten einschränkt, so dass sich zumindest das zeitliche Aufeinandertreffen von verschiedenen Kulturen in Grenzen hält. Wir sind der Meinung, dass unser Stadtrat das, auch ohne Annahme des Postulats, mit gesundem Menschenverstand handhabt und umsetzt.

Der Stadtrat verweist in seinen Ausführungen auf die Gesamtrevision der Nutzungsplanung, in die ja auch die Bevölkerung einbezogen wird. Diesem Vorgehen können wir uns ebenfalls anschliessen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Lenzburg West, aber auch von allen anderen Quartieren, sollen sich dort aktiv einbringen, ihre Meinung kundtun und ihre Ideen vorbringen.

Eine erste "Testfläche", wenn man das so benennen will, wird das vom Stadtrat erwähnte Areal resp. die öffentliche Infrastruktur des Schulareals Lenzhard sein. Wir hoffen, dass es bei der Ausgestaltung der Aussenanlagen gelingt, den Bewohnerinnen und Bewohnern des westlichen Teils von Lenzburg einen Ort zu geben, wo Menschen verschiedenster Kulturen sich friedlich begegnen, um sich gerade auch im sportlichen Bereich betätigen zu können. Die Zukunft wird zeigen, ob uns das gelingt.

Wie ich eingangs erwähnt habe, stehen wir hinter den Ausführungen des Stadtrats und werden das Postulat nicht überweisen. Wir hoffen, dass auch die Mehrheit des Einwohnerrats das so sieht.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Michael Häusermann. Wird das Wort weiterhin gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. Februar 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Das Postulat "Entwicklung Lenzburg West" wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

8. "Postulat" der CVP-Fraktion betreffend öV-Verkehrsknotenpunkt Lenzburg; Bericht des Stadtrats

Sabine Sutter (CVP): In 7 Minuten in Aarau, in 20 Minuten in Zürich, 45 Minuten bis Basel und eine Stunde bis Bern; so zentral liegt Lenzburg. Die gute Verkehrsanbindung ist einer der zentralen Faktoren für die Standortattraktivität von Lenzburg. Dank der Förderung von guten Verbindungen ist Lenzburg ein idealer Wohn- und Arbeitsort. Konkret heisst das: Leute sind zugezogen, die hier wohnen wollen und die hier Steuern bezahlen. Das führt auch dazu, dass sich Unternehmen hier angesiedelt haben, hier Arbeitsplätze entstanden sind und hier in Lenzburg investiert wird.

Kürzlich staunte ich, als ich am frühen Abend nach einer Sitzung in Aarau in der SBB-App die nächste Verbindung zum Kronenplatz suchte: 19.19 Uhr ab Aarau mit der S23 nach Othmarsingen, umsteigen und mit dem Bus nach Lenzburg. Soll das unsere Zukunft sein; in Henschiken oder Othmarsingen umsteigen zu müssen? Das bedeutet nicht nur umständlicher zu reisen. Dies bringt auch Mehrkosten, weil beispielsweise für eine Fahrt via Rapperswil nach Brugg eine Zone mehr und somit Fr. 8.80 statt Fr. 7.60 (für die Direktverbindung) bezahlt werden müssen.

Der Stadtrat gibt einen ausführlichen Bericht, was für Lenzburg alles getan wird und welche Entwicklungen im Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr 2013 vorgesehen sind. Wir bedanken uns für den Bericht und die Gespräche. Wir schätzen die Arbeit des Stadtrats und der Verwaltung sehr.

Wir wissen, dass die Planungen beim Kanton liegen. Wir wissen, dass die Langsam-Fahrstellen auf Jahre hinaus vergeben sind. Wir wissen aber auch, dass wir den zweiten Schnellzugshalt nach Zürich nur mit Druck aus der Bevölkerung erhalten haben. Wir wissen, dass die Frequenzen darüber entscheiden, wo die SBB investiert. Wir von der CVP sind darum der Meinung, dass wir einerseits dem Stadtrat den Rücken stärken müssen, und dass wir andererseits bei den SBB Druck aufbauen müssen, politisch und aus der Bevölkerung. Wir wollen einen sicheren Bahnhof und darum längere Perrons und eine Unterführung im Westen. Wir wollen halbstündliche Direktverbindungen in alle Himmelsrichtungen, und wir wollen, dass die Entwicklungsschwerpunkte, die der Kanton im Richtplan festgelegt hat, von den SBB ernst genommen und in der Planung berücksichtigt werden. Darum lasst uns gemeinsam noch mehr in diese Richtung arbeiten, mit dem Grossrat, der Regierung und den SBB.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Sabine Sutter. Wird das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 10. Februar 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Bericht des Stadtrats wird gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung gutgeheissen.

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

9. Sanierung Bannhaldenweg (3. Etappe); Kreditabrechnung

GPFK-Sprecher ist François Kuhlen (FDP): Im Gegensatz zur nächsten Kreditabrechnung wird uns die vorliegende Schlussrechnung ein knappes halbes Jahr nach Fertigstellung der Arbeiten vorgelegt. (verhaltene Heiterkeit)

Die Abrechnung für die Sanierung des Bannhaldenwegs verzeichnet eine leichte Kostenüberschreitung von 2 %. Zwei Dinge fallen auf: Diese geringe Kostensteigerung von rund Fr. 4'500.– und ein relativ grosser Aufwand des Baumeisters für Regiearbeiten. Der Bannhaldenweg ist eine Strasse in einem

Wohnquartier mit vielen Einfamilienhäusern und die Abschlüsse der Vorgärten sind vielfältig. Deshalb mussten vermehrt Regiearbeiten ausgeführt werden. Nach Auskunft der Abteilung Tiefbau hat der ausführende Baumeister einen sehr guten Polier, der sehr gewissenhaft und genau rapportiert hat. Die Mehrkosten von Fr. 4'500.– sind im Wesentlichen durch den Treppenaufgang in Richtung Gofi entstanden.

Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die Kreditabrechnung zu genehmigen. Dieser Empfehlung schliesst sich die FDP-Fraktion an.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, François Kühlen. Wird das Wort gewünscht? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 28. Januar 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung des Bannhaldenwegs (3. Etappe), schliessend mit Aufwendungen von Fr. 224'493.05.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 25. April 2016 ab.

10. Richtplanung Bahnhof Lenzburg; Kreditabrechnung

GPFK-Sprecher ist Beat Hiller (GLP): Wie mein Vorredner schon gesagt hat, haben wir hier ein Geschäft, das in die Vergangenheit zurückgeht. Ich weiss nicht, ob jemand, der heute hier ist, über diesen Planungskredit befunden hat. Gemäss ursprünglichem Terminplan hätte das Projekt Mitte 2004 beendet sein müssen. Zwischen 2002 und 2004 wurden auch die meisten Gelder ausgegeben. Bis 2006 wurden nur noch wenige tausend Franken benötigt, nachher floss kein Geld mehr. Aufgrund unserer Prüfung der Kreditabrechnung können wir bestätigen, dass aus Sicht der Buchprüfung keine Unstimmigkeiten vorhanden sind und die Rechnungen korrekt visiert und verbucht wurden.

Jetzt zum eher Negativen: Wie der heutige Stadtrat und die Verwaltung gegenüber der GPFK eingestanden haben, hätte der Kredit spätestens beim Projektstart "LOOP" abgerechnet werden können. Denn mit diesem Projekt hat man sich vom ursprünglichen Richtplan Bahnhof verabschiedet. Die Verwaltung hat den Fehler auch eingestanden, dass bei der Kreditkontrolle nicht beachtet wurde, dass hier immer noch ein offenes Geschäft mitgeschleppt wurde. Wir sind alle gefordert, solche Fehler in Zukunft zu vermeiden. Die ausgewiesenen Mehrkosten hängen nicht mit der Teuerung zusammen, sondern sind auf den Mehraufwand durch "Ehrenrunden" zurückzuführen und aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar. Wie gesagt, man kann die Verantwortlichen, die damals an diesem Projekt beteiligt waren, nicht mehr fragen.

Wie Sie aus den Unterlagen sehen können, gingen die Beiträge der beteiligten Partner erst 2015 ein. RBL, NAB, Coop und Post haben ihre Beiträge nachträglich bezahlt, während die Firma Hero entschieden hat, ihren Beitrag in der Höhe von Fr. 25'000.– nicht zu leisten, obwohl sie eigentlich 2003 einen Vertrag unterschrieben hat. Ich zitiere aus dem Schreiben der Hero:

"Besten Dank für Ihr Schreiben vom 13.10.2015, zu dem wir gerne wie folgt Stellung nehmen:

Der Planungsvertrag zum Zweck der Finanzierung der Richtplanung Bahnhof Lenzburg wurde von den Vertragsparteien im Frühjahr 2003 unterzeichnet. Die Hero AG war vor allem deshalb eingebunden worden, weil durch eine Neugestaltung des Bahnhofsareals allenfalls ihr Parkplatzareal vis-à-vis der Personalkantine sowie generell die Zufahrt hätte betroffen werden können.

Wie Sie wissen, hat die Hero AG im Jahre 2007 ihr ehemaliges Areal rund um den Niederlenzer Kirchweg verkauft und ist an die Karl Roth-Strasse umgezogen. Damit entfiel bereits ab diesem Zeitpunkt jeglicher Berührungspunkt zwischen der Hero AG und der Neugestaltung des Bahnhofareals. Durch die Investition der SBB hatte sich ausserdem das ganze Projekt um mehrere Jahre nach hinten verschoben. Die geltend gemachte Forderung aus dem Planungsvertrag ist deshalb seit über zwei Jahren verjährt.

Aus diesem Grund müssen wir Ihnen mitteilen, dass sich die Hero AG nicht an den Kosten für die Planung des Bahnhofareals Lenzburg beteiligen wird."

Eine Firma, die davon profitiert hat, dass ihr das für den neuen Firmenstandort benötigte Land verkauft wurde, müsste sich eigentlich anders verhalten. Dieses Verhalten hat zu intensiven Diskussionen in der GPFK geführt. Hätte die Verwaltung die Beiträge nach Abschluss der Arbeiten, also ungefähr 2005, eingefordert, hätte sich die Firma Hero nicht so elegant aus ihrer Verpflichtung herausschleichen können. Wir haben uns auch überlegt, ob der Rechtsweg beschritten werden sollte, haben dann aber zähneknirschend davon abgeraten. Allfällige Betriebs- und Gerichtskosten, die Anwaltskosten und der interne Aufwand für die Stadtverwaltung sind angesichts des Prozessrisikos bei einer Streitsumme von Fr. 25'000.– nicht gerechtfertigt. Das Verhalten der Hero wird von der GPFK auch gegenüber den übrigen Partnern als unfair empfunden. Auch muss davon abgesehen werden, allenfalls die SBB zu belangen, obwohl sie Verursacher der Verzögerungen war.

Die GPFK empfiehlt zähneknirschend mit 7 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, die Kreditabrechnung über Fr. 251'093.45 (netto) zu genehmigen.

Adriano Picco (SVP): Bei den Kreditabrechnungen ist es jeweils so, dass das Geld ausgegeben ist und wir im Rat nichts Anderes mehr tun können, als mit Lob oder Tadel die Abrechnung zu genehmigen. In diesem Fall sieht aber die Sache anders aus. Die Ausgaben sind zwar getätigt, aber die Einnahmen sind aus Sicht der SVP/BDP-Fraktion noch nicht alle eingegangen. Die Verträge wurden unterzeichnet, die Kosten ausgelöst und die Abrechnung ist erstellt worden - wenn auch sehr spät. Das haben wir vorhin schon gehört. Das Bauamt ist hier in der Mitschuld, was eingestanden worden ist. Wir hoffen, dass daraus vom Bauamt die Lehren gezogen wurden. Aber auch der Einwohnerrat muss in Zukunft die offenen Kreditabrechnungen, die in der Jahresrechnung ersichtlich sind, genauer anschauen.

Trotzdem haben fast alle Partner ihren Beitrag geleistet. Darunter namhafte nationale und internationale Unternehmen. Lediglich eine einzige Unternehmung, mit einer langen Lenzburger Vergangenheit, hat sich mit formal juristischen Erklärungen aus der Verantwortung geschlichen. Das ist gegenüber den anderen Partnern nicht fair. Aus diesem Grund wird die SVP/BDP-Fraktion diese Abrechnung einstimmig ablehnen und so der Hero die Möglichkeit geben, sich wie die anderen Unternehmungen an Verträge zu halten. Und vielleicht erinnern sie sich dabei gleich noch an ihre Wurzeln.

Wir bitten den Rat, sich unserer Ablehnung anzuschliessen und die Abrechnung noch nicht zu genehmigen. Nach dieser langen Zeit kommt es nicht darauf an, ob wir noch ein wenig warten und diese Abrechnung allenfalls später im Jahr doch noch genehmigen - ganz nach dem Motto: Versuchen schadet nichts. Vielen Dank.

Stefan Weber (FDP): Dieses Traktandum hat auch etwas Positives: Es ist die letzte Abrechnung, die wir im Zusammenhang mit der unseligen Geschichte Bahnhofplatz erhalten.

Aus Sicht der FDP ist es schwer verständlich, warum die Kreditabrechnung erst heute vorliegt. Wir können gewisse Gründe aus der Vorlage entnehmen; diese vermögen aber nur teilweise zu überzeugen. Viel problematischer ist, dass man es effektiv versäumt hat, die Vertragspartner zeitgerecht daran zu erinnern, dass noch Ausstände offen sind. Man hat die Rechnungen erst im Jahr 2015 ausgestellt. Der Planungsvertrag wurde ja im Mai 2003 abgeschlossen und die Kosten waren Ende Dezember 2006 bekannt. Warum man satte neun Jahre mit der Fakturierung zugewartet hat, ist nicht verständlich. Es ist sicher so, dass gewisse äussere Faktoren einen Zusammenhang mit dieser Verzögerung haben. Trotzdem kann man nicht wegdiskutieren, dass verwaltungsinterne Faktoren an dieser Verzögerung ebenfalls beteiligt waren, und das dürfen wir nicht oder nicht mehr hinnehmen. Der Stadt Lenzburg dürften so rund Fr. 25'000.– durch die Lappen gegangen sein. Ich kenne diesen Planungsvertrag nicht konkret, es ist aber grundsätzlich so, dass vertragliche Ansprüche nach 10 Jahren verjähren. 2003, 2004 oder 2005 (je nach Fälligkeit) bis 2016 sind mehr als 10

Jahre. Ich gehe davon aus, dass die Hero auch bei einer erneuten Bitte die entsprechende Zahlung nicht leisten würde. Auch ein rechtliches Inkasso auf dem Betreibungs- und schlussendlich auf dem Prozessweg dürfte nicht sinnvoll sein, weil in materiell-rechtlicher Hinsicht unsere Forderungen verjährt ist. Die voraussichtlichen Kosten, die der Stadt Lenzburg allein in der ersten Instanz bei vollständigem Unterliegen in einem solchen Prozess auflaufen würden, sind in etwa Fr. 20'000.-; und das steht natürlich in keinem Verhältnis zu dem, was man gewinnen könnte. Zudem kann die Sache, wenn man sie an die grosse Glocke hängen würde, zu einem gewissen Reputationsschaden für die Stadt Lenzburg führen.

Ich würde sagen, wir ziehen die Lehren daraus. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat die notwendigen Folgerungen gezogen hat, auch was verjährungsrechtliche oder verjährungsunterbrechende Massnahmen anbelangt. Wenn der Stadtrat da gewisse Informationen braucht, darf er mich gerne anrufen. Ich stehe gerne unterstützend bei. (Heiterkeit)

Die FDP will die Sache vom Tisch haben. Eine Rückweisung würde nichts bringen. Ich gehe davon aus, dass die Hero nach wie vor an ihrem Standpunkt festhalten würde. Die FDP-Fraktion wird diese Vorlage ebenfalls zähneknirschend und widerwillig unterstützen.

Franck Robin (SP): Wir haben schon viel zu dieser Kreditabrechnung über die Richtplanung Bahnhof Lenzburg gehört. Sie schliesst ein trauriges Kapitel dieser langen Geschichte über unseren wichtigsten Knotenpunkten ab.

Wir könnten uns darüber streiten, ob die Hero ihren Beitrag zu diesem Kapitel hätte leisten können. Wir haben von Beat Hiller gehört, dass diese Firma einen idealen Standort für ihre Weiterentwicklung erhalten hat. Aus unserer Sicht ist es aber viel wichtiger, dass wir endgültig einen dicken Strich unter dieses Kapitel ziehen können. Deshalb wird auch die SP-Fraktion dieser Kreditabrechnung zustimmen.

Wir wollen nach vorne schauen. Dieses Jahr wird das Busbahnhof-Provisorium gebaut und auch die Planung bezüglich Bahnhof, auf die wir schon sehr lange warten, schreitet voran. Es geht zwar nicht so schnell, wie wir uns das wünschen, da ein so grosses Projekt Zeit benötigt.

Wie wir aus der Presse entnehmen konnten, überdenkt die SBB ihre Planung zur Strecke zwischen Aarau und Zürich nochmals. Das Projekt Chestenbergtunnel soll durch einen langen Tunnel zwischen Rapperswil und Zürich-Altstetten ersetzt werden. Welche Auswirkung hat diese Planungsänderung auf unseren Bahnhof? Wird sich unser Projekt nochmals um mehrere Jahre verzögern? Wir erwarten, dass die Begleitkommission Bahnhof und der Einwohnerrat rechtzeitig vom Stadtbauamt und der SBB die notwendige Orientierung erhalten.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Franck Robin. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. Februar 2016 wird mit 23 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen sowie einer Stimmenthaltung

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung Richtplanung Bahnhof Lenzburg, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 251'093.45 (netto).

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 25. April 2016 ab.

11. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion zum Bericht "Erhöhung Verkehrssicherheit der SchülerInnen im Fuss- und Veloverkehr – was passiert damit?"

Stadtrat Martin Steinmann: Es gibt wieder einmal eine Märchenstunde, bestimmt nicht vom Inhalt her, aber in dem Sinn, dass ich eine Geschichte vorlesen darf.

I. Ausgangslage

Mit Anfrage vom 4. Dezember 2015 stellt Martin Geissmann für die GLP-Fraktion fest, dass der Zwischenbericht "Erhöhung Verkehrssicherheit der SchülerInnen im Fuss- und Veloverkehr" seit Februar 2015 vorliege. Konkrete Vorschläge, wie die Sicherheit für SchülerInnen zu Fuss oder auf dem Velo in Lenzburg verbessert werden könne, lägen auf dem Tisch. Im Moment seien jedoch keine Umsetzungsmassnahmen bekannt und einige neuralgische Stellen sollten nicht erst mit RES/KGV/BNO-Revision aufgenommen werden. Folgende Fragen werden dem Stadtrat gestellt:

- I) Was passiert nun mit diesem Bericht? Ist es geplant die Öffentlichkeit noch zu informieren, wie ursprünglich vorgesehen?

II) Was ist im Kompetenzbereich der Stadt an konkreten Massnahmen geplant, und setzt der Stadtrat "in Aarau" genug Druck auf, damit die neuralgischen Stellen (Bsp. Bleicherain, Henschikerstrasse) auf die Agenda kommen?

III) Sofortmassnahmen?

II. Beantwortung der Fragen

Der Stadtrat nimmt zu den Fragen und zum Zwischenbericht zur Schulwegsicherheit wie folgt Stellung:

Information der Behörden

Am 9. Februar 2015 wurde der Zwischenbericht "Erhöhung der Verkehrssicherheit der SchülerInnen im Fuss- und Veloverkehr" von der Verkehrskommission der Stadt Lenzburg verabschiedet. Am 3. Mai 2015 wurde der Bericht dem Stadtrat zur Verabschiedung unterbreitet. Der Präsident der Verkehrskommission und der Leiter Tiefbau stellten den Bericht dem Stadtrat an der Sitzung vom 3. Juni 2015 vor.

Mit Protokollauszug vom 17. Juni 2015 genehmigte der Stadtrat den Bericht. Die Leitung der Regionalschule, die Schulpflege, die Regionalpolizei, die Gemeinden der Regionalschule und des KGV (Staufen, Ammerswil, Niederlenz, Othmarsingen, Schafisheim und Rapperswil) wurden je mit einem Zwischenbericht bedient.

Am 23. September 2015 wurde auch dem Kantonsingenieur und seinen Mitarbeitern der Bericht vorgestellt und übergeben.

Neue Norm für Querungen

Im September 2000 erschien die VSS-Norm SN 640 241 "Fussgängerverkehr; Fussgängerstreifen". Es zeigte sich jedoch, dass aufgrund der neuen Norm die Sicherheit nicht im erhofften Ausmass stieg. Das ASTRA lancierte daher eine Forschung zu Fussgängerstreifen. Im Rahmen der "Via sicura"- Debatte im Parlament wurde das Strassenverkehrsgesetz geändert.

Das ASTRA beauftragte im September 2013 den VSS (Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute) mit der Überarbeitung der bestehenden Norm. Die neue Norm SN 640 241 "Querungen für den Fussgänger und leichten Zweiradverkehr; Fussgängerstreifen" ist seit dem 31. Januar 2016 erhältlich. Stadtbauamt und Regionalpolizei besuchten am 27. Januar 2016 den allerersten Einführungskurs zur neuen Norm.

Umsetzung von Massnahmen im Kompetenzbereich der Stadt

Das Stadtbauamt plant einerseits im Rahmen von Strassensanierungsprojekten (z.B. Bachstrasse, Zeughausstrasse) Verbesserungen und Verkehrsberuhi-

gungen entlang der häufig genutzten Schulwegrouten. Die geplanten Massnahmen konnten aber nicht umgesetzt werden, da der Einwohnerrat sie aus den Projekten gestrichen hatte.

Andererseits ergänzt und verbessert das Stadtbauamt die bestehenden Fussgängerquerungen anhand des Berichts und der neuen Norm. So wurden einzelne Fussgängerstreifen an der Burghaldenstrasse, Augustin Keller-Strasse, Aavorstadt, Murackerstrasse, Ringstrasse usw. mit dem Signal 4.11 ergänzt (welches auf Standorte von Fussgängerstreifen hinweist). Bei der Erneuerung der Markierung von Fussgängerstreifen wird nur noch hochreflektierende Strukturmarkierung verwendet.

Zudem werden bauliche Verbesserungen von Fussgängerquerungen auf Gemeindestrassen geplant. Im Februar 2016 lagen die Bauprojekte für die Verbreiterung von zwei Fussgängerinseln an der Ringstrasse West bzw. Ringstrasse Nord auf. Sobald die Bewilligungen vorliegen, werden die Verbreiterungen mit Mitteln aus dem Budget umgesetzt. Beim Übergang an der Ringstrasse West, der bis jetzt mit Lotsen bedient war, scheint es rassig zu gehen. Beim Fussgängerstreifen an der Ringstrasse Nord liegt noch eine Einwendung vor; dort wird es noch Verhandlungen geben.

Es werden auch weitere grossräumige Massnahmen zur Verkehrsberuhigung (z.B. Tempo 30 Augustin Keller-Strasse, Tempo 20 Kronenplatz usw.) angedacht. Diese Massnahmen würden auch einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit beim Langsamverkehr leisten.

Umsetzung von Massnahmen auf Kantonsstrassen

Viele Querungsstellen betreffen Kantonsstrassen. Nachdem der Bericht dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) am 23. September 2015 übergeben worden ist, haben die zuständigen Fachstellen (Verkehrssicherheit, Unterhalt und Realisierung) die Vorschläge geprüft. Die Umsetzung von Sofortmassnahmen und die Integration in die Strassenprojekte wurden geplant und in einer Tabelle festgehalten. Am 15. März 2016 wurde die Umsetzung von ersten signalisations- und markierungstechnischen Massnahmen vor Ort besprochen.

Vorgestern haben Mitarbeiter des Bauamts und der Regionalpolizei zusammen mit zwei Verantwortlichen des Kantons alle neuralgischen Punkten bei den Kantonsstrassen angeschaut. Sofortmassnahmen sind geplant: Diese heissen "Pinsel-Insel".

An der Aarauerstrasse (bei der Buchhandlung Otz) und an der Seonerstrasse (Verzweigung Kulmerweg) will man rote Farbe zwischen den bestehenden Inseln malen und die Pfosten verbessern. Diese Verkehrsmassnahmen werden im Verlaufe des Frühlings publiziert.

An der Aavorstadt (Verzweigung Bachstrasse) befindet sich auch eine Insel, die schon rote Markierungen hat. Diese sollen ebenfalls noch verbessert werden.

Der Fussgängerstreifen an der Hendschikerstrasse (Höhe Garage Zimmerli) führt über zwei Fahrbahnen, was als sehr gefährlich gilt. Dort projiziert der Kanton ebenfalls eine bessere Lösung.

Das sind brandneue Informationen, es ist aber noch nichts definitiv. Aber Sie sehen, dass man versucht, erste Massnahmen zu ergreifen.

Information

Der Stadtrat möchte zusammen mit der Schulleitung und der Regionalpolizei die Bevölkerung auf das neue Schuljahr hin informieren. Die Art und Weise der Information wurde noch nicht festgelegt.

Martin Geissmann (GLP): Herzlichen Dank für die rasche Beantwortung. So schnell wie die Antwort vom Stadtrat vorliegt, so schnell erhoffen wir uns auch Massnahmen in diesem Bereich.

Wir konnten auch in den Medien lesen, dass erste Massnahmen getroffen wurden und haben nun noch neue und brandaktuelle Informationen erhalten. Nach dem Presseartikel waren wir noch nicht wirklich zufrieden. Aber dank den nun ergänzenden Ausführungen von Stadtrat Martin Steinmann sind wir schon zufriedener. Das sind die Sofortmassnahmen, die wir auch gewünscht haben.

Die erwähnten Signale gehören aus unserer Sicht zur Grundausrüstung eines Fussgängerstreifens. Ob sie eine massive Verbesserung für unsere Schülerinnen und Schüler bringen, werden wir sehen und hoffen wir.

Positiv ist auch, dass die Nachbargemeinden, die Schulen und die Schulpflege informiert wurden und der Kanton bereits vor Ort war. Früher dauerte das viel länger.

Was man sicher mit den Bauprojekten in Zusammenhang bringen kann, ist gut. Wir haben in der Antwort noch etwas viele Konjunktive wie "geplant" oder "angedacht" gehört. Die GLP begrüsst, dass Strassen gleichzeitig mit Leitungen saniert werden. Aber wenn es um die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer geht, sollte man mit der Umsetzung der Massnahmen nicht zuwarten, bis die Strassen saniert werden müssen.

Wir haben Beispiele gehört, aber wir wünschen uns weiterhin klare Massnahmen und einen Umsetzungsplan. Wir wollen nicht Monate und Jahre zuwarten, weil wir der Überzeugung sind, dass Sicherheitsmassnahmen nicht nur den Schülern zugutekommen, sondern allen Fussgängern und Velofahrern. Und es kann schnell gehen, wie wir gehört haben: Als ich heute Morgen mit dem Velo die Bahnhofstrasse hinaufgefahren bin, stand ich plötzlich vor einer Baustellenwand mit dem Notter-Logo und sah rot markierte "Haifischzähne". Auch dort konnte mit wenig Aufwand etwas gemacht werden. Davon gerne mehr und gerne schneller.

Ich denke, dass man durchaus auch aktiv und transparent informieren kann und soll, was die Stadt Lenzburg für dieses Thema macht.

Nochmals herzlichen Dank. Wir haben im Vorfeld auch diskutiert, ob wir das noch in ein Postulat "giessen" sollen. Aber ich denke, wir müssen zuerst die Ergebnisse abwarten und sind auf dem richtigen Weg. Wir werden weiterhin dranbleiben.

Wenn ich schon hier vorne stehe: Am Samstag, 19. März 2016, um 20.30 Uhr, ist "Earth Hour". Lenzburg macht mit und beleuchtet das Schloss etwas weniger lang. Ich hoffe, auch alle hier drin und die gesamte Bevölkerung machen mit. "Lichtverschmutzung" könnte ein Thema sein, und es wäre wünschbar, dass man die Schlossbeleuchtung auch bei Normalbetrieb 1-2 Stunden früher ausschalten könnte. Aber das am Rande.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Geissmann und der Grünliberalen Fraktion, dass sie dieses wichtige Thema wieder einmal in den Blickpunkt gelegt haben.

12. Umfrage

Notunterkunft für Asylsuchende und Informationsveranstaltung vom 5. April 2016

Stadtammann Daniel Mosimann: Ich möchte noch über die verschiedenen Presseartikel zum Thema "Notunterkunft für Asylsuchende" informieren. Der Einwohnerrat wurde mit dem Bulletin des Stadtrats bedient und hat somit unsere Informationen aus erster Hand erhalten.

Eine Notlage liegt vor, wenn eine Situation mit ordentlichen Mitteln und Abläufen nicht mehr bewältigt werden kann. D.h. in diesem konkreten Fall, dass ein extremer Zustrom von Asylsuchenden besteht. Wir rechnen mit diesem Szenario. Der Regierungsrat hat deshalb den kantonalen Führungsstab beauftragt, eine Eventualplanung für eine Notlage im Asylwesen zu erstellen. Der kantonale Führungsstab hat in der Folge eine Prioritätenliste von möglichen Anlagen erstellt, die sich für die Unterbringung von Asylsuchenden eignen würden. Zuerst auf dieser Prioritätenliste stehen die drei Gemeinden Birmenstorf, Windisch und Lenzburg. In Lenzburg ist eine Belegung der Bereitstellungsanlage in der Berufsschule vorgesehen. Der Kanton möchte diese Notunterkünfte vor der Ausrufung der Notlage bereitstellen und ausrüsten. In Lenzburg sollen maximal 100 Personen während 6 Monaten wohnen. Der Regierungsrat kann aber die Notlage verlängern. Diese Anlage steht unter 24 Stunden-Bewachung.

Zurzeit laufen Gespräche zwischen Stadt und Kanton. Der Stadtrat hat von Anfang an die Haltung vertreten, dass die Anlage in der Berufsschule nicht vorsorglich ausgerüstet werden soll, sondern erst, wenn diese Notlage ausgerufen wird.

Wir sind mit den Gemeinden Birmenstorf und Windisch in Kontakt, um das Vorgehen und die Verhandlungen mit dem Kanton miteinander abzustimmen. Bei den Gesprächen mit dem Kanton geht es um die Erarbeitung eines Nutzungs- sowie eines Betriebs- und Sicherheitskonzepts, die Fragen bezüglich Betreuung und Tagesstrukturen müssen geklärt werden.

Ebenfalls informiert sind die Berufsschule, die Regionalpolizei und die Freischaren-Commission, die in der Anlage Material lagert. Sollte die Notlage eintreten, müssen Konflikte vorbeugend verhindert werden. Daran arbeiten wir.

Wir hoffen natürlich, dass wir den Ansturm von Flüchtlingen, mit dem in der wärmeren Jahreszeit gerechnet wird, mit ordentlichen Mitteln und Massnahmen bewältigen können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, haben wir nicht nur in Lenzburg ein Problem, sondern dann haben alle ein Problem. Ich denke, dann müssten alle zusammen und solidarisch für Lösungen schauen. Eine Lösung ist die, dass wir unsere Anlage zur Verfügung stellen werden, wenn die Notlage ausgerufen wird.

Wie Sie ebenfalls Zeitungsartikeln entnehmen konnten, findet am 5. April 2016, um 19.00 Uhr, in der Aula der Berufsschule, eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Es werden Vertreter des Kantons zusammen mit dem kantonalen Sozialdienst über Nutzungs-, Betriebs- und Sicherheitskonzepte Auskunft geben.

Munitaufe vom 15. April und Schwingfest vom 5. Juni 2016

Erich Renfer (SVP): Wir haben, Gott sei Dank, nebst dem Asylwesen noch andere für Lenzburg wichtige Ereignisse.

Ich möchte nur ganz kurz darauf aufmerksam machen, dass wir nebst dem Jugendfest noch einen weiteren Grossanlass haben: Am 15. April 2016 findet die traditionelle Munitaufe statt. Diese ist natürlich öffentlich.

Ebenso wären wir froh, wenn wir am 5. Juni 2016 noch viele Helferinnen und Helfer hätten. Vielleicht ist jemand hier, der sagt: "Da mache ich doch auch mit!" Ich danke vielmals und hoffe natürlich auf ein zahlreiches Erscheinen. Danke vielmals.

Erhöhung der Elternbeiträge an die Musikschulkosten, SJ 2016/17

Beatrice Taubert (SP): Wir haben letzte oder vorletzte Woche gehört, dass die Elternbeiträge an die Kosten des Instrumentalunterrichts auf das Schuljahr 2016/17 erhöht werden. Das geht natürlich aus SP-Sicht gar nicht.

Seit ich Kinder habe, ist das einer der grössten Ausgabenposten für die Kinder - neben der Krippe. Jetzt stehen wir aber nicht hier und sagen: "Das geht gar nicht." Wir haben uns intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und festgestellt, dass Lenzburg im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden kostenmässig im Mittelfeld steht. Die Erhöhung entspricht dem Reglement und hat auch seine Berechtigung: Sie basiert auf besserer Entlohnung der Musiklehrer. Wir hätten uns gewünscht, dass der Stadtrat und die Zeitungen über die Gründe der Erhöhung informiert hätten. Denn dann wäre es verständlicher gewesen.

2011/12 wurden die Elterntarife bereits angehoben und nun folgt eine nächste Anpassung. Weil der Instrumentalunterricht eine grosse finanzielle Belastung für Familien darstellt, ist für uns das Limit erreicht. Aus gesamtschweizerischen Untersuchungen ist bekannt, dass Kinder aus Schweizer Familien erheblich häufiger künstlerischen, namentlich musikalischen Unterricht erhalten als Kinder aus zugewanderten Familien. Es spricht vieles dafür, dass neben kulturellen, auch finanzielle Aspekte für diese Diskriminierung verantwortlich sind. Weiter ist bekannt, dass künstlerisch und kulturell aktive Schülerinnen und Schüler weniger Problemverhalten an den Tag legen. Investitionen in den Instrumentalunterricht wirken somit präventiv und reduzieren damit andere Kosten des Gemeindewesens.

In Lenzburg haben wir grosszügige Geschwisterrabatte. Was aber auf diesem Talon nicht ersichtlich ist, ist die Möglichkeit eines abgestuften Kostenerlasses. Unsere Frage an den Stadtrat: Wissen das die Familien, die darauf angewiesen sind? Ist das genug bekannt? Oder gibt es die Möglichkeit, einen Hinweis auf diesem Talon anzubringen? Dies, damit wirklich alle Familien die Möglichkeit haben, ihren Kindern den Musikschulunterricht zu ermöglichen.

Stadtammann Daniel Mosimann: Ich kann nicht sagen, ob das die Eltern wissen. Die Anmeldung läuft über die Schule. Ich gehe jedoch davon aus, dass die Lehrer, die das soziale Umfeld ihrer Schüler kennen, die möglicherweise betroffenen Eltern darauf aufmerksam machen, dass es die Möglichkeit eines Erlasses gibt.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Bevor ich die Sitzung schliesse, möchte ich Martin Härdi, Ratsweibel, verabschieden. Herzlichen Dank für die Arbeit und alles Gute für die Zukunft. Er verlässt uns.

Ich bitte noch um Entschuldigung. Sie haben wahrscheinlich gemerkt, dass ich Mühe mit den Namen habe. Das ist bei mir aber nicht irgendwie Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit. In Stresssituationen fallen mir überhaupt keine Namen mehr ein. Das ist nichts, was ich irgendwie wirklich steuern könnte. Auch ist es keine Alterserscheinung. Ich konnte mir früher bei meinen Schülern auch nie die Namen merken. Da dauerte es ein halbes Jahr, bis ich die wusste. Ich hoffe, dass ich das im Laufe meiner beiden Präsidentschaftsjahre hinkriege. Ich kenne Sie alle. Ich weiss, dass Sie hier im Rat sind und wer was ist usw.

Wenn es also keine weiteren Anliegen mehr gibt, werde ich die Sitzung schliessen. Ich entlasse Sie in die sehr früh liegenden Ostertage. Heute sah das Wetter ja schon nach Frühling aus. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ostereiersuche.

Die Einwohnerratssitzung vom 26. Mai 2016 fällt mangels beschlussreifer Geschäfte aus. So sehen wir uns also erst am 23. Juni 2016 wieder, und dann ist auch schon wieder das Jugendfest in erreichbarer Nähe.

Passen Sie gut auf sich und Lenzburg auf, und einen schönen Abend noch.

Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Zustellung an die Empfänger per Mail:

23. Juni 2016

Zustellung/Abgabe an die übrigen Einwohnerratsmitglieder:

23. Juni 2016